

unerfreuliche Überraschung in freiburgs freudenhäusern

Das Finanzamt Freiburg-Land besteuert seit Jahresbeginn mit einem neuen Verfahren die käufliche Liebe in der Region und will 2006 in den Freiburger Bordellen geschätzte 2,5 Millionen Euro an Steuergeldern einkassieren. Die Betroffenen sprechen von einem „mieses Druckmittel“. Das Finanzamt dementiert und entgegnet, dass lediglich geltendes Steuerrecht umgesetzt wird.

Die Ausübung der Prostitution wird seit dem 1. Januar 2002 nicht mehr als sittenwidrig deklariert und Prostituierte gelten als Gewerbetreibende, denen es möglich ist, in die Arbeitslosenversicherung sowie in Kranken- und Rentenversicherung einzuzahlen. Wie jeder Gewerbetreibende sind seitdem auch Prostituierte dazu verpflichtet, ihre steuerlichen Erklärungspflichten zu erfüllen. Sie unterliegen dabei den Bestimmungen des Einkommen-, Umsatzsteuer- und des Gewerbesteuergesetzes und sind verpflichtet, je nach Höhe des Umsatzes, eine monatliche oder vierteljährliche Umsatzsteuervoranmeldung einzureichen. Nur, keine(r) tut es. Fragt man Männer, ob sie schon einmal bei einer Prostituierten waren, bekommt man dieselbe Antwort, wie wenn man Prostituierte fragt, ob sie schon einmal eine Einkommenssteuererklärung abgegeben haben. „Nein, ich kenne keine, die das tut“, sagt eine käufliche Dame aus dem Gewerbegebiet Haid. Allein im Großraum Freiburg schätzen Kenner der Szene die Zahl der Prostituierten auf bis zu 350 Frauen. Eine Menge Steuergeld ging dem Finanzamt da bisher verloren. Gelder, auf die zukünftig nicht mehr verzichtet werden soll. Bass erstaunt zeigten sich jüngst einige Freiburger Betreiber entsprechender

Etablissements, als drei Herren die Liebesglocke läuteten, an den Diensten der Damen freilich nicht interessiert waren, sondern sich als Steuerfahnder vom Finanzamt Freiburg-Land zu erkennen gaben und zur Kasse baten. „Düsseldorfer Verfahren“ nennt sich eine seit Anfang 2006 nun auch hier praktizierte Form der Steuervorauszahlung. Für jeden Tätigkeitstag, an dem Prostituierte sexuelle Dienstleistungen anbieten, wird nun, unabhängig von der Höhe der jeweilig erzielten Tageseinnahmen, ein pauschaler Tagessatz von 25 Euro pro Dame erhoben, den die Betreiber vierteljährlich abführen müssen. „Im Rotlichtmilieu wurden steuerliche Verpflichtungen selten erfüllt, deswegen wurde nun ein Modell übernommen, das ursprünglich aus Düsseldorf kommt und seit 2006 auf die gesamten Finanzämter Baden-Württembergs übertragen wurde“, sagt Theodor Herold, Leiter des Finanzamts Freiburg-Land, und betont, „dass es sich hierbei um eine praktikablere Lösung zur Durchsetzung des Einkommenssteuerrechts handelt.“ Geschätzte 2,5 Millionen Euro sollen damit allein in Freiburg 2006 zusätzlich ans Finanzamt abgeführt werden. „Die neue Verordnung hat zwei Effekte“, wie ein Freiburger Bordellbetreiber gegenüber chilli verlauten lässt, „zum einen bekommt das Finanzamt 25 Euro pro

Mädel und Tag und zum anderen werden wir Betreiber kontrolliert, was wir an Tagesmiete angeben, wodurch sie einige wegen Steuerhinterziehung drankriegen könnten.“ Die Pauschale ist auch an umsatzschwachen Tagen zu leisten, was für manche Damen dann zum Minusgeschäft wird. „Man hat die Möglichkeit, dem Verfahren zu widersprechen“, sagt die Prostituierte Lena, „was aber dem entsprechenden Finanzamt gemeldet wird, und die können dann Untersuchungen wegen Steuerhinterziehung gegen dich einleiten. Ich finde, das ist ein mieses Druckmittel.“ Dem widerspricht Herold: „Hier wird nur geltendes Recht umgesetzt und wir erkennen bei vielen Damen die Bereitschaft, zu bringen, was der Staat fordert. Natürlich sind die Verhandlungen nicht ganz einfach, aber es geht sehr geordnet zu und durch dieses Verfahren wird auch dem oft geäußerten Wunsch der Prostituierten auf Wahrung ihrer Anonymität Rechnung getragen.“ Über die noch jungfräuliche Verordnung werden derzeit alle Bordellbetreiber im Zuständigkeitsbereich der Steuerfahndung des Finanzamts Freiburg-Land von zwei speziell ausgebildeten Steuerfahndern und deren Sachgebietsleiter informiert – neue Zeiten für das älteste Gewerbe.

Kai Hockenjos